



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/41 - 18. Februar 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Deutschlandfrage vor der UNO?	S. 1
Die Wahlvorbereitungen des Wirtschaftspolitischen Vereins	S. 2
Die katholische Jugend und der Kölner Jugendwohlfahrtsausschuss	S. 4
Justiz auf Abwegen	S. 5

Ein ungeeigneter Weg

sp. - In verschiedenen Äusserungen massgeblicher Regierungssprecher - zuletzt Brentano in der aussenpolitischen Debatte des Bundestages - wurde wiederholt die Absicht bekundet, die Deutschlandfrage vor die UNO zu bringen. Nach aussen hin ist der Gedanke bestechend. Vor dem Forum der Vereinten Nationen werden die kniffligsten Weltprobleme behandelt, warum sollte die wichtigste Lebensfrage des gespaltenen Deutschland nicht auch vor den Augen der ganzen Welt aufgeworfen und nach Wegen ihrer Lösung gesucht werden?

Es bedarf nicht viel Phantasie, sich vorzustellen, wie ein solcher durch Bonner Initiative ausgelöster Vorstoss ausgehen wird. Ganz abgesehen davon, dass die Sowjetunion auch Pankow mit ins Spiel bringen würde, wäre es der sicherste Weg, die Sieger des zweiten Weltkrieges aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Was käme noch weiter heraus? Gegenseitige Anklagen und Vorwürfe und zuguterletzt vielleicht eine moralische Verdamnung der Sowjetunion. Nehru hat dieser Tage vor deutschen Journalisten in Neu-Delhi vor einem solchen Weg gewarnt, denn nach seinen Worten, "mit Resolutionen ist es nicht getan, wenn ihnen keine Tatsachen folgen, sind die Probleme nur härter geworden, sie sind versteinert".

Wenn die Bundesregierung ihre Absicht verwirklichen sollte - leider spricht vieles dafür - dann bedeutet das ein Ausweichen vor der Notwendigkeit eigener Initiative. Eine Wiedervereinigung Deutschlands ist ja nur denkbar, wenn sich West und Ost über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands, der nicht in der Zugehörigkeit zu einem der bestehenden Militärblöcke bestehen kann, einig sind. Diese Aufgabe kann nicht die UNO dem deutschen Volk abnehmen, hier müssen Wege dazu in Besprechungen mit allen vier Siegermächten von den Vertretern des freien Teils Deutschlands geobnet werden. Die grossen Entscheidungen der beiden Weltmächte in Interessenkonflikten finden ausserhalb der Vereinten Nationen, in Korea, in Indochina, in der UNO nur insofern, wenn beide Weltmächte in stillschweigender Übereinkunft handeln, weil sie entschlossen waren und sind, wie im Falle Ägypten und Vorderen Orient, es nicht zum Äussersten kommen zu lassen.

Wer die Deutschlandfrage in diesem Stadium der internationalen Entwicklung in den Vereinten Nationen behandeln lassen will ohne vorher die Grundvoraussetzungen geklärt zu haben, weicht der eigenen Verantwortung aus, macht es sich allzu bequem. Er täuscht eine Initiative vor, die keine ist, weil sie nicht geeignet ist, sachliche Fortschritte zu erzielen. * * *

Wer führt und finanziert den Klassenkampf von heute?

Wahlkämpfe in der Gegenwart und auch in der Vergangenheit strapazieren und strapazierten nicht nur die geistige Leistungsfähigkeit von Mitgliedern und Vertrauensleuten der Parteien, sondern auch die finanziellen Grundlagen der Organisationen. Das trifft besonders diejenigen Parteien, die nach jedem gesellschaftlichen Zusammenbruch ihre Firmerbezeichnung ändern, aber auch jene, die als Rudimente einstmaliger grösserer Parteien ihr Dasein fristen müssen, weil ihre Hinterwälder sie aus Gründen der Koalitionsarithmetik noch benötigen. Für sie alle gilt das Sprichwort: Sie leben vereint, sie hassen vereint, sie alle kennen nur einen Feind: die Sozialdemokratie. Aus diesem Grunde werden sie auch aus dem gemeinsamen Suppentopf gespeist.

Wenn die Sozialdemokratie heute schon behauptet, dass der CDU/CSU und ihrem Anhang für den Bundestagswahlkampf weit mehr als 100 Mio DM zur Verfügung stehen, so bedarf das selbstverständlich des Beweises. 1953 konnte in umfassender Form von der deutschen Sozialdemokratie der Nachweis über die Wahlfinanzierung erbracht werden. Auch im Jahre 1957 ist sie dazu in der Lage. Das nachfolgende Schreiben belegt eindeutig, in welcher Form der kalte Klassenkampf von jenen Interessengruppen geführt wird, die sonst ihre politischen Absichten mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zuzudecken pflegen.

Wirtschaftspolitischer Verein
des Gross- und Aussenhandels in Bayern e.V.
Der Vorsitzende

München, im Februar 1956
Ottostrasse 7/V
Fernsprecher 5 77 0 1

Sehr geehrte Herren!

Im Jahre 1957 finden die Wahlen zum dritten Bundestag statt.

Daß deren Ausgang für unser politisches Leben, unsere heutige staatliche Ordnung und damit für die Fortführung des Kurses der sozialen Marktwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung ist, bedarf keiner näheren Erläuterung. Auch einzelne Enttäuschungen sollen nicht den Blick dafür trüben, daß nur ein Bundestag, der klar für das bisherige Wirtschaftssystem eintritt, eine ausreichende Garantie für die Aufrechterhaltung der auf der Unternehmervverantwortung beruhenden Marktwirtschaft bieten kann.

Es verdient an dieser Stelle anerkannt zu werden, daß der jetzige Bundestag sich manchen Forderungen des Grosshandels dank der verständnisvoller Haltung der bürgerlichen Parteien aufgeschlossen

18. Februar 1957

gezeigt hat, wenn naturgemäss auch viele Wünsche unerfüllt bleiben mussten. Der neue Bundestag wird zweifellos erst recht viele grundsätzliche, unseren Berufsstand stark berührende Entscheidungen zu treffen haben.

Der Vorstand des Wirtschaftspolitischen Vereins ruft hiermit den gesamten Gross- und Aussenhandel auf, sich dem Beispiel der industriellen Unternehmerschaft anzuschliessen und sich an dem Umlageverfahren zu beteiligen, für das der nachstehende Schlüssel massgebend sein sollte:

Umlage 1955:	für je	10.000.-	d.Umsatzes 1954	DM	-,50
Umlage 1956:	für je	10.000.-	d.Umsatzes 1955	DM	-,80
Umlage 1957:	für je	10.000.-	d.Umsatzes 1956	DM	-,80

Die Gesamtaufbringung beträgt demnach weniger als 1/4 v.E. eines mittleren Jahresumsatzes. Der an der Bedeutung der kontinuierlichen Weiterführung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu messende Betrag ist relativ bescheiden und wird dazu auf drei Jahre verteilt. Eine Leistung in der vorerwähnten Höhe erscheint mehr als notwendig, zumal damit dem Beispiel der Industrie und der übrigen Wirtschaftszweige entsprochen wird. Mit einer Leistung in dieser Höhe tragen Sie dazu bei, dass der Grosshandel sich auch in der Zukunft behaupten kann.

Ich bitte Sie nun, den für Ihren Betrieb berechneten Betrag zur Verfügung zu stellen, ihr auf dem anliegenden Formblatt einzuzichnen und baldmöglichst zu überweisen.

Ich werde Veranlassen, dass Ihnen eine Quittung in Höhe des Betrages überschickt wird.

Die Durchführung der vom Vorstand des Wirtschaftspolitischen Vereins beschlossenen Aktion muss, um den beabsichtigten Zweck zu erfüllen, schon jetzt zum Erlaufen gelangen.

Ich darf Sie ferner bitten, von einer direkten Unterstützung von Parteiorganisationen möglichst Abstand zu nehmen, damit das Sammlungsergebnis des bayerischen Gross- und Aussenhandels geschlossen dem gedachten Zweck zugeführt werden kann.

Sollten Sie Ihre Spende einer bestimmten Partei ausschliesslich zukommen lassen wollen, wollen Sie bitte auf diese Auflage besonders hinweisen. Bitte erleichtern Sie mit dieser Zusage den Männern, die Ihr Vertrauen an die Spitze der bayerischen Landesorganisation des bayerischen Grosshandels gestellt hat, die Durchführung der im Interesse des Grosshandels gestellten Aufgaben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Wirtschaftspolitischer Verein des
Gross- und Aussenhandels in Bayern e.V.
Der Vorsitzende
gez. Bittner, Konsul

Wie hoch sind nun die zu Lasten der deutschen Steuerzahler gehenden, von der Steuer absetzbaren Spendenbeträge, die zur massiven

(Fortsetzung Seite 7)

18. 2. 1957

Gestörte Zusammenarbeit der Jugend

D.Str. In den der CDU nahestehenden Zeitungen wurde in den letzten Tagen eine Polemik gegen die SPD-Fraktion der Stadt Köln veröffentlicht, die angeblich den Bund der deutschen katholischen Jugend, der mit 47% aller organisierten Jugendlichen, die grösste Jugendorganisation in Köln darstellt, von einer Mitarbeit im Jugendwohlfahrtsausschuss ausgeschlossen habe. Die Überschriften dieser unsachlichen und vor allen Dingen unwahren Polemik gegen die SPD stammten aus der bei der CDU schier unerschöpflichen Fundgrube von Verleumdungen und Beleidigungen des politischen Gegners.

Die SPD-Fraktion des Rates der Stadt Köln hat festgestellt, dass es ihr absolut fernlag, die Katholische Jugend aus der Jugendwohlfahrtsarbeit auszuschliessen. Vielmehr ist es nach den Ausführungsbestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Jugendwohlfahrtsgesetz so, dass in den Jugendwohlfahrtsausschüssen drei Sitze den Jugendverbänden, die Mitglieder der Jugendringe sind, zustehen. Ein Sitz davon bleibt in Köln den konfessionellen Jugendverbänden vorbehalten, die sich im Innenverhältnis darüber zu einigen haben, wen sie in den Jugendwohlfahrtsausschuss delegieren. Für Köln erhob sich also die Frage, ob ein Mitglied der Evangelischen oder Katholischen Jugend diesen Sitz im Jugendwohlfahrtsausschuss einnehmen sollte. Anstatt, dass die CDU mithalf, eine Klärung herbeizuführen, weigerte sie sich, eine konkrete Stellungnahme zu den Angeboten der SPD zu beziehen, die, obwohl stärkste Fraktion in Köln, zugunsten der CDU auch auf den Vorsitz im Jugendwohlfahrtsausschuss verzichtet hat. Diese Vorgänge lassen darauf schliessen, dass die CDU von Anfang an eine öffentliche Auseinandersetzung beabsichtigt hatte, um im Wahlkampf das Kulturkampfthema aufs neue in die Diskussion zu bringen.

Die Kölner Vorgänge, für die die SPD in keiner Weise verantwortlich zeichnet, vielmehr zu jeder Zeit - auch heute noch - bereit ist, die Katholische Jugend als Delegierte im Jugendwohlfahrtsausschuss zu begrüssen, erinnern an ähnliche Vorgänge vor einigen Jahren in Münster, wo die Zusammenarbeit des Jugendringes über ein Jahr dadurch lahmgelagt wurde, dass - nicht zuletzt durch das intolerante

18. 2. 1957

Verhalten einiger Mitglieder der Delegation der Katholischen Jugend, die von der CDU beeinflusst wurden - der Jugendring sich spaltete, und zwar in einen Ring konfessioneller und in einen Jugendring der unabhängigen Jugendverbände. In dieser Vereinigung der unabhängigen Jugendverbände saßen ebenso gute Katholiken und Protestanten wie im Kreis der konfessionellen Jugendvereinigungen. Erst nach langen und schwierigen Verhandlungen konnte die Arbeit im Jugendring der Stadt Münster wieder aufgenommen werden.

Wenn sich jetzt die CDU anschickt, die Kölner Vorgänge für den Bundeswahlkampf zu benutzen, und zwar unberechtigtweise, dann sei sie auf die Ereignisse in Münster hingewiesen, wo sie mittelbar einen nicht unwesentlichen Anteil daran hatte, dass eine fruchtbare Jugendarbeit auf lange Zeit unmöglich wurde.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass, unter Zugrundelegung von normalen Verhältnissen, die Zusammenarbeit der Jugendverbände in den Jugendringen und in den Wohlfahrtsausschüssen stets reibungslos verläuft, weil die Jugend zu ihrem grössten Teil nicht von Kulturkampfambitionen beseelt ist. Daher muss sie es sich verbitten, dass sie in dieser Form in den Bundestagswahlkampf hineingezogen wird, der - das Kölner Beispiel zeigte es erneut - von der CDU ohne jede Rücksichtnahme geführt wird.

- + +

Sie liebte einen "Untermenschen"

K. Mit der Justiz ist es bei uns nicht zum besten bestellt: während man zur Bestrafung mancher Menschenhänders aus den hitlerischen KZs keine "gesetzliche Handhabe" findet, Gauleitern, Generalen und Volksstaatsanwälten Pensionen und Entschädigungen bewilligt, gehen viele Gerichte mit den Opfern des Dritten Reiches höchst unglücklich um.

"Zu allen Zeiten sind die Mädchen, die sich mit Kriegsgefangenen eingelassen haben, der Verachtung ihres Landes anheimgefallen". Diese Entscheidung fällte die Detmolder Entschädigungskammer über ein Mädchen, das 1943 das "Verbrechen" begangen hatte, einen russischen Kriegsgefangenen zu lieben. Die heute 35jährige Frau wurde damit von

18. 2. 1957

einem bundesdeutschen Gericht zum zweiten Male verurteilt - das erste Mal besorgte es das Bielefelder Sondergericht: drei Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlicher Ehrenrechte verfügten 1943 die Nazirichter.

Das ist die Geschichte der Frau: Der Russe Boris Menlitow, den sie einmal heiraten wollte, ist 1943 von der GESTAPO erschossen worden. Als sie selbst 1945 aus dem Zuchthaus befreit wurde, stellte sie für sich und ihr im Kerker geborenes Kind Antrag auf Entschädigung. Nach elfjährigen Kampfe mit den Behörden erging dann der oben zitierte Spruch. Aber die Frau kapitulierte immer noch nicht. Und sie hatte Erfolg: der 13. Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Hamm verwarf das Urteil der Detmolder Entschädigungskammer und garantierte ihr 2 100 DM für ungerechtfertigte Freiheitsentziehung. In der Urteilsverkündung heißt es, Angehörige von Ostvölkern hätten durchaus das Recht, als von Gott geschaffene Menschen und nicht wie Ungeziefer behandelt zu werden. Nun, wir freuen uns mit der Rehabilitierten - aber bedarf es eines zwölfjährigen Kampfes für solche Rechtfertigung ?

Trotzdem soll die desavouierte Frau ihre 2 100 DM Entschädigung nicht bekommen: der Staat hat Berufung eingelegt und will ihr das Geld nicht geben, sondern die hohen Prozeßkosten damit begleichen. Der letzte Akt des Dramas wird sich vor dem Bundesgerichtshof abspielen, von dem man wohl hoffen darf, dass er die Liebe eines 21jährigen Mädchens zu einem Kriegsgefangenen nicht als "verbrecherisches Einlassen mit einem bolschewistischen Untermenschen" betrachtet, das mit drei Jahren Zuchthaus bestraft worden ist.

Der Medaille Kehrseite

Sie habe den Ruf des deutschen Volkes bei dem befreundeten Amerika in Mißkredit gebracht, meinte der Staatsanwalt beim Mainzer Schöffengericht von der Untat einer Verkäuferin in einem amerikanischen Warenhaus in Gosenheim. Die Angeklagte hatte ein paar Dollars aus der Registrierkasse geschlen. Nach der Auffassung des Staatsanwaltes sollte sie dafür mit fünf Monaten Gefängnis "exemplarisch bestraft" werden. Immerhin: das Urteil erging dann auf 2 Monate und

18. 2. 1957

100 DM Geldstrafe - entschieden zuviel für ein Delikt dieser Art.

Wie man sieht, haben manche Justizorgane bei uns eine seltsame Auffassung von den Beziehungen zu anderen Völkern. Was hätte es z.B. mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft zu tun, wenn alliierte Gerichte Soldaten mit besonderer Härte verurteilen würden, die im trunkenen Zustand eine deutsche Frau vergewaltigen? Nun, sie tun es nicht. Maßgebend ist der kriminelle Tatbestand. Mehr nicht. Warum sollte das bei uns anders sein?

Die Detmolder Entschädigungskammer hat ihr Urteil an der Mottenkiste der Nazipropaganda aufgezäumt, der Mainzer Staatsanwalt geht mit seiner seltsamen Auffassung von Völkerfreundschaft gleichfalls auf gefährliche Abwege. Die Justiz auf diese Weise politisieren zu wollen, ist im ersten Falle eine Impertinenz, im zweiten grober Unfug. "Weltanschauung" solcher Art steht in unseren Gesetzbüchern nicht geschrieben.

+ + +

(Fortsetzung Seite 3)

Interessenvertretung oder zum kalten Klassenkampf in die Propagandamühlen der CDU/CSU geworfen werden.

Nehmen wir dazu die Jahresumsätze des Großhandels im Bundesgebiet, also nur einer Fachsparte, die Gelder zur Verfügung stellt:

1954	87 Milliarden, davon	-,50DM je 10.000.-DM	= 4.350.000
1955	100 " "	-,80DM je 10.000.-DM	= 8.000.000
1956	115 " "	-,80DM je 10.000.-DM	= 9.200.000
	(geschätzt)		insgesamt: <u>21.550.000</u>

Der gesamte deutsche Großhandel würde sich somit die Bundestagswahl über 21 Millionen DM kosten lassen. Wenn wir den Umsatz des bayerischen Großhandels nur mit 20% des Gesamtumsatzes im Bundesmaßstab annehmen, so würde das einen Subventionsbetrag von 2,1 Millionen DM für die Bundestagswahl allein in Bayern ausmachen - ein ansehnlicher Beitrag, der neben den auch nicht geringen Unternehmer-Organisationsbeiträgen geleistet wird. (spk).

* * *